

Rolff, Hans-Günter; Tölle, Renate

Kommunale Handlungsstrategien zur innovativen Schulentwicklung. Am Beispiel des Kommunalen Bildungsberichts der Stadt Dortmund

Die Deutsche Schule 100 (2008) 3, S. 289-299



Quellenangabe/ Reference:

Rolff, Hans-Günter; Tölle, Renate: Kommunale Handlungsstrategien zur innovativen Schulentwicklung. Am Beispiel des Kommunalen Bildungsberichts der Stadt Dortmund - In: Die Deutsche Schule 100 (2008) 3, S. 289-299 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-272584 - DOI: 10.25656/01:27258

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-272584>

<https://doi.org/10.25656/01:27258>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Hans-Günter Rolff/Renate Tölle

Kommunale Handlungsstrategien zur innovativen Schulentwicklung

Am Beispiel des Kommunalen Bildungsberichts der Stadt Dortmund

Municipal Strategies in Innovative School Development – taking the Municipal Education Report of the City of Dortmund as an Example.

Die Stadt Dortmund hat einen Bildungsbericht vorgelegt, der beansprucht, eine wissenschaftliche Grundlage für eine Aktivierung der kommunalen Schulpolitik zu schaffen. Er enthält etliche Indikatoren für ein Bildungsmonitoring und einen empirisch ermittelten Sozialindex, an dem sich eine an mehr Gleichheit interessierte Ressourcenverteilung orientieren kann.

Schlüsselwörter: kommunaler Bildungsbericht, Sozialindex, Ressourcensteuerung, Ranking, Rechenschaft, Bildungsmonitoring

The city of Dortmund has presented an education report that claims to be able to produce a scientific base for the activation of municipal education policy. The indicators contained in the report are believed to be helpful for education monitoring as well as for an empirically determined social index that might be useful in steering equality-based reallocation of resources.

Keywords: municipal education report, social index, resource allocation, ranking, accountability, education monitoring

In den späten 1960er und den 1970er Jahren engagierten sich zahlreiche Städte aktiv auf dem Feld der Schulreform, nicht nur im Bereich „äußerer Schulangelegenheiten“ (Schulgebäude und -ausstattung, Verwaltungspersonal), sondern auch in dem der „inneren Schulangelegenheiten“. München, Duisburg, Nürnberg, Hannover oder (auch damals schon) Dortmund gehören zu den besten Beispielen. Dann folgte eine längere Pause für innovative Bildungspolitik auf kommunaler Ebene. Zunächst drängte die Bundesebene in den Vordergrund mit der Grundgesetzänderung, die ihr mehr Zuständigkeiten zusprach, der Gründung eines Bundesministeriums für Bildung und der Vorlage eines Bildungsgesamtplans, der auch die Länderebene stärkte. Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre verlagerten sich innovative Impulse und Praktiken zunehmend auf die Einzelschulen (Dezentralisierung und teilautonome Schulen). Die kommunale Ebene reagierte zunächst nicht.

In den letzten Jahren gewinnt die Länderebene deutlich an Einfluss (Föderalismusreform und Rezentralisierung durch Bildungsstandards, testförmige Vergleichsarbeiten und zentrale Prüfungen) und die selbstständig werdenden Einzelschulen benötigen vermehrt Unterstützung. Vor diesem Hintergrund erscheint es wie gerufen, wenn sich die Kommunen zurückmelden als Unterstützer und Gestalter regionaler Schulentwicklung. Man kann das verstärkte Engagement beispielhaft an den neuen kommunalen Bildungsberichten ablesen, die München, Dortmund, Tübingen und Freiburg schon vorgelegt haben und die vielerorts im Entstehen begriffen sind.

1. Kommunale Schulentwicklung in Dortmund

Ein besonders deutliches Beispiel für aktive kommunale Handlungsstrategien ist der Dortmunder Bildungsbericht, der nicht nur Bestandsanalysen vorlegt und Indikatoren enthält, an denen sich die Situation der Schulen und Schulformen ablesen lässt, sondern auch neue Steuerungsinstrumente und etliche beachtliche Innovationsprojekte vorstellt.

Nicht unerwähnt bleiben darf der Gesamtzusammenhang der Dortmunder Bildungsberichterstattung; denn der Bildungsbericht ist nicht der Beginn, sondern das Ergebnis eines längeren Prozesses kommunaler Schulentwicklung. Insbesondere vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Strukturwandels war in Dortmund bereits seit langem die Erkenntnis gewachsen, dass Bildung der Schlüssel nicht nur für die Zukunft junger Menschen, sondern auch der Stadt ist. Die Qualität der Schulen rückte auch kommunalpolitisch stärker in den Blickpunkt. Zur Überwindung der starren Trennung zwischen äußeren und inneren Schulangelegenheiten wurde bereits im Jahr 2000 der „Fachbereich Schule“ definiert als Verantwortungsgemeinschaft von Stadt, Land und Schulen, die die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen Identität anstrebt. Regelmäßig kommunizieren Schulverwaltung und örtliche Schulaufsicht in der Fachbereichskonferenz Schule über Entwicklungsziele, gemeinsame Handlungsstrategien und Projekte. In der neu geschaffenen Dortmunder Schulkoordinierungskonferenz werden schulformübergreifende Fragen diskutiert und verbindliche Absprachen zwischen den Sprechern der Schulformen, der Schulverwaltung sowie der Schulaufsicht getroffen. In Projektgruppen bearbeiten Schulen verschiedener Schulformen gemeinsame Entwicklungsschwerpunkte, koordiniert von Schulräten oder Fachberatern des Regionalen Bildungsbüros. An den Sitzungen des Schulausschusses nehmen die Sprecher/innen der Schulformen regelmäßig als Gäste teil. Im Jahre 2000 wurde ein Konzept zur „Förderung innovativer Schulentwicklungen“ vom Rat der Stadt beschlossen und schrittweise umgesetzt: (siehe Kasten S. 291).

Die Gesamtsteuerung dieser beachtlichen Fülle von Aktivitäten lag in den Händen einer kommunalen Bildungskommission, die der Oberbürgermeister zu seiner Beratung einberufen hatte. Sie besteht aus 20 Persönlichkeiten aller infrage kommenden Lebensbereiche der Stadt. Der „Fachbereich Schule“ stellt dabei die Geschäftsstelle und verbürgt die Verbindung zum „operativen Geschäft“.

- Oktober 2000: „Dortmunder Bildungskommission“ wird durch den Oberbürgermeister einberufen (Leitung ab 2002: H.-G. Rolff).
- Ende 2000: „Schulentwicklungsfonds“ für „innovative Projekte“ an Dortmunder Schulen (ausgestattet mit jährlich DM 500.000,-) wird als Anreizsystem eingerichtet.
- 2001: Ein Leitbild für die Dortmunder Schulen („Schulstadt Dortmund“) als „Orientierungsrahmen“ für Schulentwicklung mit „neuen Formen der Beteiligung“ wird erstellt.
- 2001: Einrichtung eines „Projektbüros“ des Fachbereichs Schule als Unterstützungsagentur, das ab 2003 zum Regionalen Bildungsbüro (RBB) ausgebaut wird.
- 2001: Ausbildung von etwa 20 „Schulberater/-innen für Qualitätsentwicklung“ zur Unterstützung der Entwicklungsarbeiten in den Schulen.
- 2001: „Entwicklungskonzept Dortmunder Berufskollegs“ mit einer ersten umfassenden Analyse zu den Übergängen in die berufliche Bildung und zum Ausbaustand des beruflichen Schulwesens.
- 2002: Beteiligung der Stadt als Modellregion am Projekt „Selbstständige Schule NRW“ mit zunächst 27 Modellschulen, bis 2008 Ausweitung auf insgesamt 83 Schulen.
- 2003: Einstieg in die „Offene Ganztagschule“.
- 2004: Ratsbeschluss zur Erarbeitung eines Medienentwicklungsplans.
- 2004: Gutachten zur „Bildungsbeteiligung in Dortmund“ mit ausgewählten Indikatoren als Vorstufe zur Berichterstattung.
- 2005: Ratsbeschluss zur Optimierung des Übergangs von der Schule in den Beruf (Projekt „Zeitgewinn“).
- Ende 2005: Anregung der Bildungskommission, die bisherigen Untersuchungen zur Bildungsbeteiligung in Gestalt einer kontinuierlichen und systematischen Bildungsberichterstattung fortzuschreiben.
- 2006: Der Auftrag zur Erarbeitung der Teile I und II des „Kommunalen Bildungsberichts“ für Dortmund wird an das „Institut für Schulentwicklungsforschung“ vergeben.
- 2007: Das Regionale Bildungsbüro verfasst den Bericht über Aktivitäten des Schulträgers (Teil III).
- Januar 2008: Der „Erste kommunale Bildungsbericht der Schulstadt Dortmund“ wird der Öffentlichkeit vorgestellt.

2. Schwerpunkte des Dortmunder Bildungsberichts

Der Bildungsbericht der Stadt Dortmund orientiert sich in der Struktur am nationalen Bildungsbericht und damit auch am Modell der indikatoren-gestützten Bildungsberichterstattung.

Er soll künftig in zwei- bis dreijährigem Abstand zwischen Auftraggeber und Institut für Schulentwicklung fortgeschrieben werden und dabei jeweils in drei große Teile untergliedert sein:

- I. Fortschreibung von Grund- bzw. Eckdaten zu ausgewählten Indikatoren
- II. Bedarfsabhängige vertiefende Analysen zu spezifischen Fragestellungen/Teilbereichen
- III. Berichte über Aktivitäten des Schulträgers und deren Ertrag

2.1 Rahmendaten zur Entwicklung der Schullandschaft

Teil I erhält die Darstellung ausgewählter Indikatoren, die in drei Kapitel untergliedert ist:

- (1) Rahmenbedingungen (Demografie und Schulangebote)
- (2) Schülerzahlenentwicklung nach Schulstufen und -formen, Übergänge und Bildungsbeteiligung, Auf- und Abstiege, Abschlüsse
- (3) Übergänge in berufliche Bildung: dualer Ausbildungsmarkt, Ausbaustand des Übergangssystems, quantitative Entwicklung der Berufskollegs.

Datengrundlage bildete die amtliche Schulstatistik, die indikatorengerecht ausgewertet wurde. Z. B. konnten Durchlaufquoten von fünften zu zehnten Klassen von Gymnasien gebildet werden, die eine große Streuung zwischen den Einzelschulen aufzeigen.

2.2 Sozialindex

Teil II präsentiert einen Sozialindex. Große aktuelle Schulleistungsstudien belegen, dass unterschiedliche Schülerleistungen zu erheblichen Teilen durch außerschulische Faktoren wie die sozialen Lagen der Schülerinnen und Schüler bedingt sind. Weiß man um die Kopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzentwicklung, so liegt die Bedeutung dieses Zusammenhangs für die Gestaltung eines Schulsystems auf der Hand. Die Schulen, deren Komposition der Schülerschaften sich zum Teil erheblich voneinander unterscheiden, stehen vor unterschiedlichen und teilweise miteinander kaum vergleichbaren Herausforderungen. Solche ungleichen Arbeits- und Ausgangsbedingungen erfordern spezifische pädagogische Maßnahmen, die am besten innerschulisch vereinbart und gesteuert werden, denn jede Schule weiß am besten, wie sie mit den spezifischen Herausforderungen aufgrund ihrer besonderen Schülerschaft und ihres besonderen Einzugsgebietes umgehen kann. Ein solches Vorgehen erfordert zunächst die Betrachtung der Situation vor Ort, das heißt, es muss erhoben werden, unter welchen Bedingungen und mit welcher Schülerschaft eine Schule tatsächlich arbeitet.

Daran anschließend kann mit Hilfe der gewonnenen Informationen auf die Ausgangslagen gerade derjenigen Schulen eingegangen werden, die ihren pädagogischen Auftrag unter erschwerten Bedingungen erledigen müssen, – und zwar durch eine gerechte und effektive Ressourcenzuweisung auf Basis nachvollziehbarer und transparenter Kriterien. Hierzu wurde ein Sozialindex ein-

gesetzt, der sich in Hamburg bereits bewährt hat. Er erfasst in Dortmund die in der Wissenschaft allgemein anerkannten bildungsrelevanten Merkmale des Familienhintergrundes, unter anderem Ausprägungen des so genannten „kulturellen Kapitals“ der Herkunftsfamilien. Der Index stellt demzufolge ein schulgenaues Instrument für die Steuerungsebene dar. Er ist vor allem nützlich, um die pädagogischen Herausforderungen einer Schule zu den Bedingungen anderer Schulen ins Verhältnis zu setzen und diese Relation bei der Interpretation anderer relevanter Daten und Informationen zu berücksichtigen.

Der Sozialindex wurde im Rahmen einer Pilotstudie in allen Dortmunder Grund- und Sekundarschulen erhoben. Hierfür wurde ein Fragebogen zu bildungsrelevanten Ressourcen, die den Kindern und Jugendlichen im Elternhaus zur Verfügung stehen, eingesetzt. Der Fragebogen wurde von den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern ausgefüllt. Auf der Grundlage dieser Schüler-Elternbefragung wurde anschließend ein zusammengefasster Wert generiert und so für die Schulen ein Sozialindex berechnet, der die soziale Situation der Einzelschulen widerspiegelt. Ausgehend von den sozialen Lagen der einzelnen Schulen lässt sich somit die ‚soziale Belastung‘ einzelner Schulen quantifizieren.

Als die Schulform mit der größten Bandbreite der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaften erwies sich eindeutig die Grundschule. Sie ist die Schulform, die unter sehr heterogenen Ausgangsbedingungen arbeitet.

Bei den Sekundarschulen hingegen machte sich die Zuweisung der Schülerinnen und Schüler zu den verschiedenen Schulformen und eine damit einhergehende Stratifizierung nach sozialer Herkunft sehr deutlich bemerkbar. Haupt- und Realschulen sind generell stärker durch eine „ungünstige“ Zusammensetzung der Schülerschaft herausgefordert als Gymnasien, wobei die Ausgangsbedingungen der pädagogischen Arbeit für Hauptschulen besonders erschwert sind. So werden Hauptschulen vorwiegend von Schülerinnen und Schülern mit im Vergleich zu allen anderen Schulformen geringeren bildungsrelevanten Ressourcen im Elternhaus besucht. Die Herkunft der Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler ist mit denen der Haupt- und Realschülerinnen und -schüler vergleichbar. An Gymnasien findet man generell sozial privilegierte Schülerschaften.

Um den Sozialindex für Steuerungsentscheidungen handhabbar zu machen, wurden aus dem Sozialindex fünf Typen von Schulen generiert. Betrachtet man diese Schultypen noch einmal nach Schulform, zeigt auch diese zusammengefasste Darstellung ein ähnliches Bild. Im Primarbereich lassen sich alle Schultypen finden. Die Gymnasien sind den am meisten privilegierten Schultypen zugeordnet. Unter den Hauptschulen kommen nur die am meisten herausgeforderten Schultypen vor. Die Daten zeigen, dass alle Hauptschulen in ähnlicher Art und Weise besonders stark herausgefordert sind und keine bedeutsamen Unterschiede zwischen Schülerschaften verschiedener Hauptschulen zu finden sind.

Die durch den Sozialindex indizierte Schülerzusammensetzung der jeweiligen Einzelschulen kann mit weiteren Daten der Schulträger kontrastiert werden, um ein umfassenderes Bild zu gewinnen. Hier wird beispielhaft auf die Be-

teiligung der Schulen an Unterstützungsangeboten der Stadt Dortmund eingegangen, die nicht zuletzt kompensatorische Fördermöglichkeiten für benachteiligte Schülerinnen und Schüler eröffnen sollen. Die Inanspruchnahme der Angebote durch die Schulen kann als ein Hinweis für die Aktivität der jeweiligen Schulen hinsichtlich der zielgerichteten Einwerbung externer Unterstützung betrachtet werden.

Insgesamt zeigt sich in dieser Darstellung, dass Schulen, die unter pädagogisch besonders herausfordernden Bedingungen arbeiten, auch in ähnlicher Weise bzw. zum Teil sogar vermehrt die schon vorhandenen Unterstützungsangebote der Stadt nutzen als vergleichsweise privilegierte Schulen. Allerdings gibt es gerade unter den kumulativ benachteiligten Schulen einige Fälle, die diese zusätzlichen Förderungs- und Unterstützungssysteme nicht in Anspruch nehmen und die eine genauere Betrachtung erfordern. Dies sind Hinweise für eine von Seiten des Schulträgers durchzuführende Ursachenforschung und Beratung. Gemeinsam mit den einzelnen Schulen könnte nach Gründen gesucht werden, warum die zusätzliche Unterstützung bislang nicht angenommen wurde und was getan werden kann, um auch diese Schulen mit Zusatzangeboten zu erreichen.

2.3 Projekte und Aktivitäten des Schulträgers

Die Teile I und II sind vom Dortmunder „Institut für Schulentwicklungsforschung“ erstellt worden. Teil III wurde von der Leiterin des Schulverwaltungsamtes und von Mitarbeitern des Regionalen Bildungsbüros (RBB) erarbeitet. Er stellt eine Art Rechenschaftsbericht zu den innovativen Projekten Dortmunds dar.

Beratungs- und Unterstützungssystem: Im Kontext des landesweiten Modellvorhabens „Selbstständige Schule“ wurde 2003 ein Regionales Bildungsbüro als Unterstützungssystem eingerichtet und seitdem schrittweise weiterentwickelt. Es arbeitet projektbezogen und konzentriert sich auf die Entwicklungsschwerpunkte der Bildungsregion: Selbstständige Schule, Bildungspartnerschaften, Medienentwicklung sowie Schule – Arbeitswelt. Angeboten werden Schulen und Partnern Information, Kooperation, Beratung, Qualifizierung, Koordination, Materialdienste, Vermittlung, Vernetzung, Projektentwicklung und -begleitung. Das Regionale Bildungsbüro konnte sehr schnell eine breite Akzeptanz in der Schullandschaft erreichen und soll perspektivisch auch Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger werden.

Als finanzielles Anreizsystem zur Förderung innovativer Schulentwicklungen wurde im Jahre 2000 ein Schulentwicklungsfonds etabliert, mit dem jährlich fast 300.000 € für Schulprojekte bereitgestellt werden. Die Förderkriterien werden jährlich von der Bildungskommission festgelegt. Im Zeitraum 2000 – 2007 konnten 255 schulische Innovationsvorhaben gefördert werden, an denen 114 von 174 Dortmunder Schulen beteiligt waren. Auch die Finanzierung des Schulträgeranteils zum Modellprojekt „Selbstständige Schule“ erfolgt aus dem Schulentwicklungsfonds. Alle Förderprojekte werden über das Regionale Bildungsbüro evaluiert.

Entwicklungsschwerpunkte: Es werden die Entwicklungsschwerpunkte dargestellt, die seit dem Jahre 2000 von der Bildungskommission als herausgehobene Vorhaben priorisiert werden. Damit wird nur ein Ausschnitt der Schulträgeraktivitäten beschrieben. Darüber hinaus gibt es in der Dortmunder Bildungslandschaft eine Vielfalt weiterer wichtiger Projekte und Einrichtungen, z.B. RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund), Schulbiologisches Zentrum, Seminare für Arbeits- und Wirtschaftserziehung, Bildungspartnerschaften Schule – Kultur, Schule – Jugendhilfe, Schule – Sport u. v. a. m.

Die Stadt Dortmund beteiligt sich als eine von 19 Modellregionen am landesweiten Modellprojekt „*Selbstständige Schule*“. Der Fachbereich Schule startete mit 27 Modellschulen. In den folgenden Schuljahren wurden stufenweise Korrespondenzschulen aufgenommen. Im Schuljahr 2007/08 sind insgesamt 83 Schulen am Modellprojekt beteiligt. Fast die Hälfte der 174 Dortmunder Schulen hat sich damit systematische Qualitätsentwicklung zur Aufgabe gemacht. Schulleiterinnen und Schulleiter erhalten ebenso wie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter eine professionelle Fortbildung. Insgesamt 83 schulische Steuergruppen wurden (bzw. werden) in 16 schulformübergreifenden Lerngruppen mit 386 Steuergruppenmitgliedern qualifiziert. Die Resonanz ist äußerst positiv: Zwischen 86 und 95% der befragten Steuergruppenmitglieder geben an, dass sie neue Erkenntnisse, Anregungen und Hilfen für ihre Praxis gewonnen und mehr Klarheit in Bezug auf ihre Ziele erhalten haben.

Mit dem Projekt „*Zeitgewinn*“ will die Stadt Dortmund den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt optimieren, um Warteschleifen im Sinne von unproduktiven Zeiten für die Jugendlichen zu vermeiden. Das herausgehobene Projekt startete auf der Grundlage eines Strategiepapiers der Bildungskommission am 1.1.2006. Es beinhaltet zwei Handlungsstränge: die Verbesserung der schulischen Voraussetzungen und den Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements, an denen bisher 63 Unternehmen beteiligt sind.

Ein Beirat „Regionales Übergangsmanagement“ wurde konstituiert, um die Basis für die notwendige Fachbereichs- und Institutionen übergreifende Zusammenarbeit zu schaffen. Hier arbeiten Stadt Dortmund, Kammern, Agentur für Arbeit und alle relevanten Partnerinstitutionen unter der gemeinsamen Leitidee „*Zeitgewinn*“ zusammen und bereiten eine konzertierte Aktion für das Schuljahr 2008/09 vor. Die Koordinierung erfolgt durch das Regionale Bildungsbüro.

Die Ausweitung *schulischer Ganztags- und Betreuungsangebote* wird in Dortmund über das Familienprojekt umgesetzt. Seit dem Jahre 2003 konnten die Platzzahlen an Offenen Ganztagschulen kontinuierlich weiterentwickelt werden: von 1.600 Plätzen im Schuljahr 2003/04 auf 7.000 Plätze im Schuljahr 2007/08. Die Durchführung erfolgt über Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe. Im Schuljahr 2007/08 sind 92 von 104 Schulen im Primarbereich beteiligt. Rechnet man die drei Ganztagsgrundschulen in der Nordstadt hinzu, haben bereits 36 % aller Schülerinnen und Schüler im Primarbereich

einen Ganztagsplatz, der Kindern neue Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten eröffnet. Im Bereich der Hauptschulen wurden zum Schuljahr 2007/08 vier Ganztagschulen eingerichtet; drei weitere werden im kommenden Schuljahr folgen. Die acht Gesamtschulen in Dortmund werden grundsätzlich als Ganztagschulen geführt.

Mit dem *Medienentwicklungsplan 2003-2008* hat der Fachbereich Schule eine systematische Grundlage zur Förderung von Medienkompetenz entwickelt.

Die regionale Bildungslandschaft wird durch weitere innovative Einzelprojekte bereichert. Das Leibnitz-Gymnasium baut ein *internationales Bildungsangebot* auf. Ziel ist es, in einem ersten Schritt den Erwerb des International Baccalaureat (internationales Abitur) zu ermöglichen. Im Projekt Senior Experts stellen 20 ehemalige und aktive Führungskräfte ihr Managementwissen 24 Dortmunder Schulleitungen zur Verfügung. 32 Schulen arbeiten im Netzwerk „*Agenda 21*“ zusammen. An 13 Schulen wurden Schülerfirmen aufgebaut. An 10 weiterführenden Schulen wird seit 2005 ein *Modellprojekt Schulsozialarbeit* als Kooperationsprojekt Schule – Jugendhilfe durchgeführt. Ziel ist es, die erzieherische Handlungskompetenz von Schule zu stärken.

Die *Grundschule „Kleine Kielstraße“* erhielt 2006 den Ersten Deutschen Schulpreis. Dies ist Ergebnis der hervorragenden Arbeit aller an der Schule Beteiligten. Durch verschiedene Unterstützungsleistungen konnte auch die Stadt Dortmund zu diesem Erfolg Beiträge leisten: Verbesserung des Schulgebäudes, Förderung innovativer Projekte durch den Schulentwicklungsfonds, Etablierung eines Ganztagsangebots mit Schulsozialarbeit, schulbegleitenden Hilfen zur Sprachförderung sowie Qualifizierung und Beratung im Rahmen der „Selbstständigen Schule“.

3. Öffentliche Diskussion und Folgen

Der Dortmunder Bildungsbericht wurde im Dezember 2007 von der Bildungskommission verabschiedet und an Oberbürgermeister Dr. Langemeyer übergeben. Dieser stellte ihn Anfang 2008 in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Er erklärte, dass Bildung für ihn weiterhin eine hohe Priorität habe. Bildung besitze eine Schlüsselfunktion für die Zukunft jedes Einzelnen und der Stadt. Bedenklich sei aus seiner Sicht die Tendenz zur Verschärfung sozialer Segregation durch das Schulwahlverhalten. „Bildungsarmut darf nicht vererbt werden. Es sind Strategien nötig, die neue Chancen entstehen lassen, Auswege aus der Bildungsarmut zu finden“, so Dr. Langemeyer.

Der Bildungsbericht soll Folgen haben. Der Oberbürgermeister kündigte einen Aktionsplan „Bildung und Erziehung in der Stadt“ an. Schule, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit müssen sich aus seiner Sicht noch stärker als bisher als Bildungspartner verstehen. Die erzieherischen Kompetenzen der Schule sollen ebenso wie die Bildungsbemühungen im Kindergarten und der Jugendarbeit gestärkt werden. Über die Sozialindikatoren sollen Unterstützungsbedarfe neu begründet und Fördermaßnahmen neu justiert werden. So könnte ein Beitrag zum Abbau ungleicher Bildungschancen darin bestehen, Schulen diffe-

renzierter zu fördern. Es wäre denkbar, Schulen mit einem schwierigen Lernumfeld auch von Seiten der Kommune stärker als andere zu unterstützen.

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Bildungsberichtes war bereits eine Abstimmung mit den schulpolitischen Sprechern der im Rat vertretenen Fraktionen erfolgt. Im Februar 2008 wurde der kommunale Bildungsbericht in den Schulausschuss eingebracht. Die Mitglieder des Schulausschusses aller Fraktionen lobten den Bericht als wichtigen Beitrag, der für mehr Transparenz des schulischen Angebots Sorge, und kündigten an, sich bei künftigen Steuerungsentscheidungen an den Ergebnissen und Empfehlungen des Bildungsberichtes zu orientieren.

Des Weiteren wurde der Dortmunder Bildungsbericht in zahlreichen Dienstbesprechungen und Veranstaltungen in Anwesenheit von Verfassern und Verantwortlichen diskutiert. Die öffentliche Diskussion hält unvermindert an. Die Resonanz ist überwiegend positiv. Eine besonders kritische Diskussion fand allerdings in Anwesenheit der Verfasser dieses Beitrages im GEW-Stadtverband statt. Zur Vorbereitung hatte die GEW einen Fragenkatalog mit folgendem Wortlaut zusammengestellt:

„Kommunale Bildungspolitik – Ist es sinnvoll und wünschenswert, dass sich eine Kommune (und damit vor allem Kommunalpolitiker) in die innere Schulentwicklung einmischen? Sollte eine Kommune nicht zuerst ihre Pflichtaufgaben erfüllen (äußere Schulentwicklung = Verbesserung der räumlichen und organisatorischen Situation)? Sind die „Kürveranstaltungen“ nicht häufig von der aktuellen „Profilierungsnotwendigkeit“ der Kommunalpolitiker bestimmt?

Wie viel Substanz, Nachhaltigkeit und Langfristigkeit haben die kommunalen Schulentwicklungsprojekte, die im Bildungsbericht beschrieben werden, oder wie viel „Schaufensterpolitik“ ist damit verbunden? Wird kommunale Schulentwicklung nicht in erster Linie nach kommunalpolitischer Interessenlage entwickelt (...)?

Wird nun die Strukturdiskussion sowohl im Bereich der SEK I (Zukunft der Hauptschule, Zweisäulenmodelle, Stadtteilschule, aber auch in der Gesamtschule) durch den Bildungsbericht auf die kommunale Ebene getragen? Ist ein kommunales Schulranking notwendig, unausweichlich oder gar sinnvoll? Wird auf Dauer der öffentliche Schulvergleich Schulen ins Abseits (Ghetto) drängen? Wie können Schulen in den Sozialräumen, die von der Stadt als Aktionsräume definiert werden, in so einem Ranking bestehen?“

Solche kritischen Fragen sind ernst zu nehmen. Vor allem ist ein Schulranking abzulehnen, das der Dortmunder Bildungsbericht allerdings weder enthält noch fordert. Auch muss klar gestellt werden, dass Schulstrukturentscheidungen auf Landes- und nicht auf kommunaler Ebene fallen müssen. Selbstverständlich müssen Städte und Gemeinden ihre „Pflichtaufgaben“ erfüllen. In der Grundfrage allerdings, ob sich Stadt und auch GEW aus kommunalen Schulentwicklungsfragen heraushalten sollten, plädieren die Autoren dieses Beitrages dezidiert für eigene kommunale Handlungsstrategien und deren Umsetzung.

Auch wenn die Aufgaben und Zuständigkeiten kommunaler Schulträger im Hinblick auf Qualitätsentwicklung von anderer Art und insgesamt viel begrenzter sind als die des Landes, enthebt dies die Schulträger nicht der Verpflichtung, im Sinne der Daseinsfürsorge für junge Menschen die Wirksamkeit ihres kommunalen Bildungsangebotes genau zu verfolgen. Hierzu kann ein regelmäßiges Schulmonitoring mit nachfolgender Berichterstattung sehr sinnvoll sein, denn anders als der Blick auf die Gesamtentwicklungen des Landes kann kommunale Bildungsberichterstattung kleinräumig und detailliert angelegt sein, also auch die einzelnen Schulen in ihrem spezifischen Umfeld betrachten.

Bedeutsam erscheint die Rolle der Kommune als Schulträger. Hier liegt ein eigenständiger Verantwortungsbereich der Städte und Gemeinden. Kommunale Bildungsberichterstattung sollte also auch Aussagen darüber treffen, wie sich das örtliche Bildungsangebot quantitativ verändert, welche Probleme aus Bevölkerungs- und Schülerzahlentwicklung resultieren und wie eine „demografiefeste“ und zukunftsgerichtete Versorgung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden kann.

Mit einer kommunalen Bildungsberichterstattung ist es möglich, vielfältige Vergleiche erstellen zu können. Kommunale Bildungsberichterstattung aber vermag noch mehr zu leisten. Sie kann Daten beschaffen

- für neutrale, objektive Analysen des Sachstandes der Schulentwicklung in der Kommune,
- zur Entscheidungsvorbereitung und -findung in Kommunalpolitik und -verwaltung und
- für die Steuerung der kommunalen Schullandschaft.

Darüber hinaus kann kommunale Bildungsberichterstattung die Fortschritte eingeleiteter Reformen überprüfen und sie kann ferner durch die Dokumentation gelungener Qualitätsentwicklungen einzelner Schulen anderen Schulen Anregungen zur eigenen Entwicklung geben.

4. Fazit

Kommunale Bildungsberichterstattung soll zu einer vertieften Analyse des örtlichen Bildungsangebotes führen und gezielte Maßnahmen zur Bearbeitung erkannter Defizite ermöglichen. Ihrem Wesen nach soll sie konstruktiv sein, also Entwicklungen anstoßen und zur Weiterentwicklung ermutigen. Ein solcher Ansatz stünde im Gegensatz zu einem öffentlichen Ranking, das bei schwächeren Schulen entmutigend wirkt und damit zu ihrer weiteren Schwächung führt. Soweit also kommunale Bildungsberichterstattung auf Einzelschulen Bezug nimmt, sollten in einem öffentlichen Bericht keine Rangfolgen enthalten sein, die als Auf- oder Abwertung der jeweiligen Schule gedeutet werden könnten. Das steht nicht im Gegensatz zu Rangfolgen, die – ohne Nennung der Schulen – deutlich machen, welche Bandbreiten bei definierten Schulmerkmalen existieren.

Schule ist ein öffentliches Gut, und es kann in der Frage des Interesses am Zustand und an der Entwicklung des Schulwesens von einem breiten Einverneh-

men in der Öffentlichkeit ausgegangen werden. Insofern ist ein kommunaler Bildungsbericht auch eine Rechenschaftslegung gegenüber den Schulen, der Kommunalpolitik, der Schulaufsicht sowie den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt.

Das Aufkommen kommunaler Handlungsstrategien zur innovativen Schulentwicklung liegt auch im internationalen Trend, wie das jüngst erschienene „Internationale Handbuch für Schuleffektivität und Schulentwicklung“ bestätigt.

„It is also clear from the chapters in this volume that the role of the local in school effectiveness must also be addressed. Rather than holding schools accountable by themselves, the idea of community effectiveness might be an area for future consideration. Under these circumstances communities would need to be more active in supporting and directing what happens to schools within that community (...)” (Townshend 2007, S. 95).

Literatur

Oberbürgermeister der Stadt Dortmund (Hrsg.) (2008): Erster kommunaler Bildungsbericht für die Schulstadt Dortmund. Münster: Waxmann.

Townshend, T. (2007): Reframing for the Future. In: Townshend, T. (Ed.): International Handbook of School Effectiveness and Improvement. Dordrecht, NL: Springer.

Hans-Günter Rolff, geb. 1939, em. Prof., ehem. Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Universität Dortmund, Vorsitzender der Dortmunder Bildungskommission.

Anschrift: Friedenstr. 9, 44139 Dortmund

E-Mail: rolff@ifs.uni-dortmund.de

Renate Tölle, geb. 1949, Leiterin des Dortmunder Schulverwaltungsamtes.

Anschrift: Kleppingstr. 21-23, 44135 Dortmund

E-Mail: rtoelle@stadtdo.de